

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Müdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 Mk.

Verbandsmitgliedern erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Pettizeile 40 Pfg.

Nummer 43.

Berlin, den 24. Oktober 1909.

10. Jahrgang.

**Kollegen, trifft die letzten Vorbereitungen zur kommenden Lohnbewegung; betreibt eifrig die Herbstagitatio!**

## Inhaltsverzeichnis.

Reichsfinanzreform und sozialdemokratische Hetze gegen die christlichen Gewerkschaften. — „Wir deutschen Zimmerer“. — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Gemeinl. W. Düsseldorf. — Aus unseren christlichen Verbänden. — Gerichtliches. — Von den Arbeitsstellen. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel.

## Reichsfinanzreform und sozialdemokratische Hetze gegen die christlichen Gewerkschaften.

Auf der fünften Generalversammlung unseres Verbandes in Münster wurde beschlossen, die Ausführungen des Reichsfinanzreformers über obiges Thema in Druck herstellen zu lassen. Inzwischen hat Stegerwald in einer Versammlung zu Aachen seine münsterischen Ausführungen, insbesondere nach der grundsätzlichen Seite, erweitert, und geben wir daher in Nachstehendem diese nach dem „Machener Volksfreund“ (Nr. 240) wieder. Stegerwald führte dort aus:

In den letzten Wochen schrieb die sozialdemokratische Presse, namentlich die Fische der christlichen Gewerkschaften in der Falle, wegen der Haltung der christlichen Arbeiterabgeordneten bei der Verabschiedung der Reichsfinanzreform ginge im christlichen Gewerkschaftslager alles drunter und drüber, allenthalben zeige sich ein Mitgeleiderückgang (was nicht wahr ist), die christlichen Arbeiterabgeordneten schützten gegenüber den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften deren parteipolitische Neutralität vor, um sich an der Verantwortung vorbeidrücken zu können usw. Die Stunde ist daher gekommen, daß zu diesen Anwürfen einmal eingehend Stellung genommen wird. Um es vorweg zu sagen: Ich bedauere die durch die Reichsfinanzreform für die christliche Gewerkschaftsbewegung geschaffene Situation eigentlich nicht. Sie mußte einmal kommen. Die Verhältnisse erforderten längst eine grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen christlicher Arbeiterbewegung und politischer Sozialdemokratie. Durch die Reichsfinanzreform werden wir nun zu dieser gedrängt.

Auf gewerkschaftlichem Gebiete besteht zwischen uns und der sozialdemokratischen Bewegung heute klare Bahn. Die ehemaligen sozialdemokratischen Schlagworte wie Unternehmerrückstellungen, Arbeiterzersplitterung, Arbeitervertreter usw. üben heute gegenüber unserer Bewegung keine Wirkung mehr aus. In gewerkschaftlicher Hinsicht ist heute unsere Bewegung von der sozialdemokratischen Phrase emanzipiert. Bei dem rheinisch-westfälischen Bierbofott und dem Kölner Holzarbeiterstreik 1905 sind wir gegen den sozialdemokratischen Strom geschwommen. Tausende von Artikeln und Notizen in der sozialdemokratischen Presse und Hunderte von sozialdemokratischen Protestversammlungen haben an dieser Tatsache nichts zu ändern vermocht. Unsere Mitglieder haben deshalb in den Betrieben ja Spießruten laufen müssen, aber heute herrscht über die Notwendigkeit der damals befolgten Taktik innerhalb unserer Bewegung nur eine Meinung: Gegenüber den damals im Schwung befindlichen sozialdemokratischen Gelüsten, die christlichen Gewerkschaften kaputt zu streifen, mußte ein Exempel statuieren, mußte eine Warnungstafel aufgestellt werden. Seit der Zeit versucht man es im sozialdemokratischen Lager weniger, mit falschen Vorwänden Streiks anzuzetteln, die in Wirklichkeit nur dem Niederringen der christlichen Gewerkschaftsbewegung gelten sollten. Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter ist vor wenigen Monaten in der Frage der Sicherheitsmänner in Preußen gegen die gesamte sozialdemokratische Bewegung seine eigenen Wege gegangen, ohne daß ihm der sozialdemokratische Verband dieserhalb auch nur im geringsten hätte Abbruch tun können.

Genau dieselbe Emanzipation muß die christliche Arbeiterbewegung vollziehen gegenüber der politischen Sozialdemokratie. Von dieser trennt die christliche Arbeiterschaft bedeutend mehr, als es auf gewerkschaftlichem Gebiete der Fall ist. Die politische Sozialdemokratie, die nicht bloß als wirtschaftliche Bewegung, sondern in viel stärkerer Maße als geistige Strömung, als Weltanschauung, gewertet werden muß, ist ja die Ursache, warum die Sonderbewegung der christlichen Arbeiter entstanden ist und entstehen mußte. Mit dem sozialdemokratischen Klassenkampfstandpunkt ist jede christliche Auffassung unvereinbar. Ein großer Teil der deutschen Arbeiterwelt erkennt aber in dem Menschen nicht bloß eine Proverkonsumtionsmaschine, sondern hält auch an religiösen und nationalen Idealen fest, die er selbst bestimmten Klassenforderungen nicht unterordnet. Und diese Gedankenwelt steht

zur sozialdemokratischen in einem Gegensatz, wie Feuer zu Wasser.

Über auch die Stellung der christlichen Arbeiterschaft zum Staat, zur Gesellschaft muß ganz naturgemäß außerordentlich von der sozialdemokratischen abweichen. Nach sozialdemokratischen Rezepten kann keine Partei, könnte selbst eine christliche Arbeiterpartei nicht arbeiten. Die Sozialdemokratie ist sich bewußt, daß die von ihr verfolgten Ziele sich nicht in dem Gegenwartsstaat verwirklichen lassen, daß dazu vielmehr ein ganz neues Staatsgebilde notwendig ist. Die christliche Arbeiterbewegung dagegen hat sich mit beiden Füßen auf den Boden der gegenwärtigen Ordnung zu stellen; sie hat daran noch viel auszusehen, es gilt, daran noch viel zugunsten der Arbeiter umzugestalten. Dennoch muß die gegenwärtige Ordnung die Basis und der Ausgangspunkt ihrer Tätigkeit sein. Ohnedem würde für jede christlich-nationale Arbeiterbewegung die Existenzberechtigung wegfallen. Ueber diese Fundamentaltatsachen müssen sich die Anhänger der christlichen Gewerkschaftsbewegung von vornherein klar werden.

Des ferneren haben wir uns klar darüber zu werden, daß die christlichen Gewerkschaften in Deutschland sich ein viel engeres Aufgabengebiet gewählt haben, wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften und auch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. Die beiden letzteren Gewerkschaftsgruppen vertreten den Standpunkt, daß die Gewerkschaftsbewegung zu allen, die Arbeiter besonders interessierenden Fragen (Wahlrecht, Wirtschaftspolitik, Steuerpolitik usw.) Stellung zu nehmen haben. Das hieße, bei dem zersplitterten Parteiwesen Deutschlands, die Gegensätze unter den politischen Parteien für die Gewerkschaftsbewegung in Permanenz erklären. Man bilde sich doch nicht ein, daß wirtschaftliche Standesorganisationen ohne gewaltiges Massenaufgebot in Deutschland, wo die geistigen Strömungen so außerordentlich stark auf das politische Leben zurückwirken, etwa alten traditionellen Parteien so ohne weiteres Ziel und Richtung vorschreiben könnten. Die christlichen Gewerkschaften halten es daher mit dem Präsidenten der American Federation of Labor, Compers, der kürzlich in einer Berliner Versammlung für die amerikanische Gewerkschaftspraxis den Grundsatz vertrat: Das Nächstliegende zuerst! Und das Nächstliegende für die Arbeiterklasse ist zweifellos ein gut ausgestattetes, der jeweiligen Kultur- und Wirtschaftsentwicklung angepasstes Lohn- und Arbeitsverhältnis. Dazu kommt selbstverständlich noch der Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung. Wer in der Gewerkschaftsbewegung über dieses Aufgabengebiet hinaus will, muß die Errichtung einer besonderen Arbeiterpartei wollen. Und diese ist in Deutschland neben der Sozialdemokratie nicht möglich. Mit dieser Tatsache mußten sich insbesondere die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften vertraut machen, sobald sie Anhänger der verschiedensten Parteien in größerer Zahl umfassen würden. Heute gehören ihnen fast nur links-liberale und sozialdemokratische Parteianhänger an, so daß sie ohne große Schwierigkeiten sich noch an ihren alten, lieb gewonnenen Gewohnheiten ergötzen können.

Über was haben denn die sozialdemokratischen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften

dadurch praktisch erreicht, daß sie sich ein so breites Aufgabengebiet gesteckt! Wenn bloß durch Versammlungen, Leitartikel und Kraftworte die Arbeiterinteressen wahrgenommen werden könnten, dann müßte der Einfluß der deutschen Lohnarbeiter auf das öffentliche Leben um ein wesentliches stärker sein. Denn daran hat es fürwahr, insbesondere im sozialdemokratischen Lager, nie gefehlt. Womit sich die Lohnarbeiter stärkeren Einfluß verschaffen können, wird später zu erörtern sein. Man sieht also: Nicht Feigheit gegenüber der Verantwortung wegen ihres politischen Verhaltens ist es, was die christlichen Arbeiterabgeordneten bestimmt, die Reichsfinanzreform nicht innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung auszutragen, sondern der Charakter unserer Bewegung erfordert es, daß sie dort ausgetragen wird, wohin sie gehört: auf politischem Gebiete.

Nachdem aber politische Sozialdemokratie und sogenannte „freie“ Gewerkschaften in der Frage der Reichsfinanzreform wieder „eins“ sind, kommt auch die christliche Gewerkschaftsbewegung um ihrer selbst willen nicht daran vorbei, über einige Seiten der Reichsfinanzreform Aufklärung zu verschaffen. Das parteipolitische Gebiet muß auch hier, so gut als möglich, ausgeschaltet bleiben. Die Sozialdemokratie kann allerdings ein Ausweichen aus der Betrachtung nicht beanspruchen; durch ihr Verhalten ist ja unsere Stellungnahme verursacht.

Die verabschiedete Reichsfinanzreform ist zweifellos für die deutschen Steuerzahler keine frohe Begebenheit. Durch sie wurden dem deutschen Volke 500 Millionen Mark neuer Lasten auferlegt, ein Betrag, wie er seit dem 33jährigen Bestehen des Deutschen Reiches noch nie auf

einmal gefordert wurde. Dazu kommt noch, daß die Reichsfinanzreform verabschiedet werden mußte in einer Zeit tief daniederliegender Wirtschaftskontunktur, wie auch einzelne Steuern nach der sozialen Seite manches zu wünschen übrig lassen. An diesen Stellen setzt die sozialdemokratische Agitation ein. Sie nimmt indes nicht sachlich zu dem fraglichen Gesetzgebungswert Stellung, sie sagt nicht: so und so hätte auf Grund der politischen Möglichkeit die Finanzreform gestaltet werden können, sondern sie benutzt sie lediglich zu Agitationszwecken.

Die Sozialdemokratie befand sich seit 1903 in einer jämmerlichen Lage,

aus der sie durch die Reichsfinanzreform herauszukommen sucht. Nach dem großen Wahlsieg von 1903 haben sich Bernstein und Vollmar einerseits, und Bebel, „Leipziger Volkszeitung“ usw. andererseits um die künftige parlamentarische Taktik der Sozialdemokratie herumganz. Dann folgte der Dresdener Skandalparteitag. Ueber die abschreckenden Spuren, die dieser hinterließ, suchte man durch Revoluzzerei hinwegzukommen. Während der politischen Wörungen in Rußland 1904/05 führten sozialdemokratische Parteiblätter eine blutrünstige Sprache. Die Folge davon waren Wahlrechtsverschlechterungen in sozialdemokratischen Hochburgen (Hamburg, Lübeck). Die dagegen und gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht veranstalteten Demonstrationen waren, wie vorauszusehen, erfolglos. Daraufhin wurde eine Zeitlang mit dem Generalkrieg gespielt, der sich zu einem großen Krach zwischen sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften auswuchs. In einer Geheimkonferenz der Gewerkschaftsvorstände zeichnete Herr Hue die Situation für die Sozialdemokratie wie folgt:

„Es muß gesagt werden hier in unserm Kreise, daß wir nicht zu scheitern wagen, was wir sind. Unsere organisatorische Kraft entspricht nicht unsern öffentlichen Äußerungen. Und weil wir das wissen, befinden wir uns in einem fortgesetzten inneren Konflikt mit uns selbst... es heißt deshalb ein Widerspruch zwischen Schein und Wirklichkeit.“ Im Reichstage müssen wir uns bemühen, die pseudoradikalen Phrasen der Unverantwortlichen vor dem 21. Januar (vor der sozialdemokratischen preussischen Wahlrechtsdemonstration) möglichst harmlos erscheinen zu lassen, tatsächlich befinden wir uns dabei in einer kläglichen Lage.“

Das Organ des sozialdemokratischen Zimmererverbandes, „Der Zimmerer“, (Nr. 22 1905) schrieb in der gleichen Periode:

„Es ist eine offenkundige Tatsache, die sozialdemokratische Partei befindet sich seit langer Zeit in einer unangenehmen Situation, die in der nächsten Zeit noch schlimmer zu werden droht. Ihre wichtigsten theoretischen Lehrsätze haben sich als unhaltbar bzw. zweifelhaft herausgestellt... In den Arbeitermassen ist zwar noch ein verhältnismäßig starker Glaube an diese Lehrsätze vorhanden, aber in den Kreisen der Parteiführer nicht und jedenfalls nicht in der politischen Arbeiterpresse. Dadurch schon kommt die Partei in die Lage eines schwankenden Schiffes, und der Parteigenossen bemächtigt sich annähernd dasselbe Gefühl, wie man es bei den Passagieren eines schwankenden Schiffes wahrnehmen kann. Alles wird nervös!“

Diese Lage wurde noch jämmerlicher, als 1907 die Sozialdemokratie von 81 auf 43 Reichstagsmandate zurückgeworfen wurde. Aus dieser

armutlichen Situation sucht die Sozialdemokratie jetzt mit der Reichsfinanzreform herauszukommen.

Das ist der äußere Rahmen, aus dem die gegenwärtige sozialdemokratische Wählerarbeit beurteilt werden muß. Diese ist also nicht aus sachlichen, sondern aus agitatorischen Gesichtspunkten diktiert. Das geht schon daraus hervor, daß die Kollegen Schiffer, Wiebeberg, Schürmer, Weder, die gegen die Tabak-, Kaffee- und auch Zündholzsteuer gestimmt haben, und Kollege Behrens, der gegen die gleichen und für die Erbschaftsteuer gestimmt hat, genau so, ja noch schärfer angegriffen werden, wie der Kollege Giesberts, der glaubte, für die Tabak- und auch Zündholzsteuer stimmen zu sollen. Für die Sozialdemokratie ist eben: Agitation alles, Sache nichts.

Zur sachlichen Seite der Finanzreform das Folgende: Waren überhaupt 500 Millionen neuen Steuern notwendig? Diese Frage muß glatt bejaht werden. Deutschland ist eben heute ein anderes, als bei der Konstitution des Reiches 1871. Auf dem gleichen Flächenraume von damals verlangen heute anstatt 40 64 Millionen Menschen Brot und Erwerb. Die jährliche Volksvermehrung des Deutschen Reiches beträgt heute rund 900 000 Köpfe. Der jährliche Außenhandel Deutschlands ist auf 15 Milliarden Mark angewachsen. Dann sehe man sich die ungünstige geographische Lage Deutschlands an. Im Osten grenzt es an das 125 Millionen Einwohner zählende Rußland, im Westen an Frankreich, das mit seinen afrikanischen Besitzungen rund 70 Millionen Einwohner zählt, und auch das nordwestlich gelegene England, das heute der Beherrscher der Meere ist, und dem einschließlich seiner Kolonien 400 Millionen Menschen, d. i. mehr als ein Viertel des gesamten Erdkreises, untertan sind, verfolgt den industri-

len und handelspolitischen Aufschwung Deutschlands mit einem stets steigenden Reid und auch Mißbegnungen. Der Mehrbedarf des Deutschen Reiches an Einnahmen ist hauptsächlich verursacht durch seine steigenden Militär-, Marine- und Kolonialausgaben. Man braucht kein Schwärmer für Militär und Marine zu sein — ich bin es bestimmt nicht —, kann manche luxuriöse Ausgaben in Meer und Marine verurteilen, und kommt trotzdem an der Tatsache nicht vorbei, daß Deutschland eine starke Wehrmacht braucht zu Wasser und zu Lande. Auch in den außereuropäischen Gebieten braucht Deutschland Stützpunkte für seinen internationalen Handel und Absatzgebiete für die heimischen Industrieprodukte in Form von Kolonien, wie auch auf die Dauer von dort Rohstoffe für unsere Industrie beschafft werden müssen.

**Die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Landes sind hauptsächlich bedingt durch dessen politische Machtverhältnisse.**

Es hat eine Zeit gegeben, wo selbst das kleine Holland den deutschen Handelsschiffen an der Rheinmündung die ebenbürtigsten Schwierigkeiten machte. Heute, seitdem Deutschland erstarkt ist, ist das anders. Vor den Caprivischen Handelsverträgen von 1893 hatte Deutschland, obwohl 14 Millionen Einwohner weniger wie heute, eine bedeutend größere Auswanderung wie gegenwärtig; viele Deutsche mußten im Auslande Erwerb suchen. Heute ist das Entgegengesetzte der Fall; heute werden bei normaler Wirtschaftslage in Deutschland Hunderttausende Ausländer beschäftigt. Bei einem Lande, das seine Bevölkerung nicht ernähren kann, ist ein dauerndes wirtschaftliches Aufsteigen der Lohnarbeiterklasse eine bare Unmöglichkeit. Heute beziehen die der gewerblichen Unfallversicherung unterstehenden Personen eine jährliche Lohnsumme von rund 8 1/2 Milliarden Mark. Das wäre ausgeschlossen, trotz Gewerkschaftsbewegung, wenn nicht die deutsche Volkswirtschaft innerlich gefestigt und der deutsche Außenhandel im letzten Jahrzehnt eine so günstige Entwicklung aufzuweisen hätte. An dessen ruhiger Weiterentwicklung sind die deutschen Lohnarbeiter auf das allerlebhafteste interessiert. Die Sozialdemokratie würde ihre blauen Wunder erleben, wenn sie heute in Deutschland zu politischer Macht gelangen würde und nach den Grundsätzen verfahren wollte, die sie seither die Massen gelehrt. Internationale Friedensverträge sind ganz ideal; trotzdem werden sie noch lange Zeit, wenn nicht für immer, an der Wirklichkeit scheitern. Ob es jemals dahin kommen wird, daß Amerikaner, Engländer, Franzosen, Deutsche, Russen, Japaner, Chinesen usw. „ein einzig Volk von Brüdern“ werden, steht dahin. Unsere gegenwärtige Generation erlebt es jedenfalls nicht. Bis jetzt hat die internationale Sozialdemokratie nicht einmal dem Nationalitätenhader in Oesterreich wesentlich Abbruch zu tun vermocht. Das Deutsche Reich wird also im nächsten Menschenalter im Interesse seiner Selbsterhaltung einer starken Wehrmacht nicht entzogen können. Und wenn diese notwendig ist, müssen auch die Mittel dazu beschafft werden.

Die große Frage ist selbstverständlich nicht beantwortet, ob bei der letzten Reichsfinanzreform die Steuerverteilung eine gerechte war. Darüber kann man sehr gut geteilter Ansicht sein. Auch hier eine Vorbemerkung: Die bürgerlichen Parteien haben sich in dieser Frage nicht das mindeste vorzuerwerfen. An der Steuergestaltung waren alle bürgerlichen Parteien beteiligt und die Tatsache kann nicht aus der Welt diskutiert werden, daß die Parteien, die anfänglich die Steuern machen wollten, was deren soziale Seite anbelangt — und darauf kommt es uns Arbeitern doch hauptsächlich an —, das Steuerbuckel nicht wohlriechender serviert hätten, als die Parteien, die sich bei der endgültigen Verabschiedung zusammenfanden. Wenn also auch liberale und freisinnige Zeitungen gegen die christlichen Arbeiterabgeordneten losziehen, so macht dies keinen Eindruck. Daran spricht höchstens parteipolitische Verärgerung, die mit dem sozialen Gebiete nichts zu tun hat. Als Arbeiter wäre es uns zweifellos am liebsten gewesen, wenn die ganzen Steuern auf die besitzenden Klassen abgewälzt worden wären.

**Mit schönen Wünschen werden indes keine Steuern gemacht.**

denn Steuern zahlt niemand gern. Hier kommt es auf den politischen Einfluß an, über den die einzelnen Gruppen verfügen. Und dieser ist für die deutsche Lohnarbeiterklasse der denkbar geringste. Die christliche Arbeiterbewegung allein ist in großen politischen Fragen als bestimmender oder wesentlich beeinflussender Geseßgebungsfaktor noch nicht stark genug, die Sozialdemokratie dagegen stellt sich durch ihre doktrinaire Politik außerhalb des Gegenwartsstaates. Den rechtgläubigen sozialistischen Standpunkt vertretend, schrieb die „Leipziger Volkszeitung“ (Nr. 213): „Zeit wann haben wir denn dem bestehenden System Gesemittel zu beschaffen? Die Sozialdemokratie hat gar kein Interesse daran, daß die Finanzreform zustande kommt. Sie hat im Gegenteil alles Interesse daran, daß sie nicht zustande kommt, daß der Finanzammer chronisch wird. Schließlich ist eine derartige Verzögerung der Einnahmen nur eine Konsequenz der Verzögerung der Ausgaben, wie sie durch den Nürnberger Beschluß erst in dem vorigen Jahre als der Wille der Partei ausgesprochen worden ist.“

Daß 1908-09 neue Einnahmen für das Reich notwendig waren, ist von keiner, auch von sozialistischer Seite nicht, bestritten worden. Wenn aber die Sozialdemokratie als angebliche „Arbeiterpartei“, „alles Interesse daran hat“, daß die Reichsfinanzreform „nicht zustande kommt“, dann ist es logisch und selbstverständlich, daß jede Regierung dieses Geseßgebungswerk hauptsächlich mit Vertretern anderer Interessengruppen machen muß. Ist es dann ein Wunder, wenn die Arbeiterinteressen schließlich dabei zu kurz kommen? Wer zur gegebenen Stunde nicht auf dem Boden der Möglichkeiten mitarbeitet, sondern in Wollwadenphantasien phantasiert, hat sich aber auch das Recht verwirkt, nachträglich über den Inhalt von Geseßen zu räsonnieren. Ja, noch mehr: die sozialdemokratische Partei hat bei der Verabschiedung der Reichsfinanzreform mit den

**Arbeiterinteressen ein ganz frivoles Spiel getrieben.**

Die sozialdemokratische Fraktionspolitik, insbesondere die des revisionistischen Flügels, drehte sich bei der Verabschiedung der Reichsfinanzreform, wie auf dem Leipziger Parteitag deutlich ausgeprochen wurde, lediglich um die Frage: Wie erzielen wir eine Reichstagsauflösung? Als ob damit den Interessen der Arbeiter, die zu vertreten die Sozialdemokratie vorgibt, gedient wäre! Nicht im ent-

ferntesten! Das Gegenteil wäre eingetreten! Die 500 Millionen Mark neuer Steuern hätten von einem etwa neugewählten Reichstag genau so bewilligt werden müssen, wie von dem alten. Und die Sozialdemokratie hätte, infolge der von ihr betriebenen „grundfählichen“ Politik, selbst bei einem Mandatzuwachs im neugewählten Reichstag ebenso wenig zu sagen, wie im alten. Sie verfügte 1898 über 56 Sitze und hatte auf den Gang der Geseßgebung keinen Einfluß, schnellte 1903 auf 81 Sitze empor, ohne daß sich die „Welt gewendet“ hat, wie der „Vorwärts“ damals am Wahltag frohlockend ausrief, und als sie 1907 wieder auf 43 Sitze zurückgeworfen wurde, ist die Tagespolitik ebenso ungeführt ihren Weg weitergegangen. Eine Reichstagsauflösung hätte also das Zustandekommen der Reichsfinanzreform nur um ein Jahr verzögert. Und die Folge wäre gewesen, daß das gegenwärtig so daniederliegende deutsche Wirtschaftsleben um ein weiteres Jahr in seiner Konsolidierung gehemmt worden wäre und der den Arbeitern dadurch verursachte Verdienstausfall mindestens eine um ein Mehrfaches betragende Höhe betragen hätte, als die jetzt auf sie entfallenden neuen Steuern, welche die Sozialdemokratie doch nicht hätte abwehren können. Mit sozialdemokratischen Agitationserfolgen kann sich die Arbeiterchaft in der Gegenwart kein Brot kaufen. Darüber sagt natürlich die sozialdemokratische Agitation nichts; an Stelle von sachlichen Gründen arbeitet man mit der

**verwerflichsten Stupellosigkeit und unübertrefflicher Verlogenheit.**

In Nr. 229 der „Rheinischen Zeitung“ vom 2. Oktober befindet sich ein Bericht von einer Transportarbeiterversammlung, nach dem der Referent ausgeführt hat:

„Durch die vom Reichstag, durch den schwarz-blauen Block beschlossenen neuen Steuern werde eine fünfköpfige Familie um etwa 100 M jährlich mehr belastet.“ Wie steht es damit in Wahrheit? Die Steuern betragen:

Biersteuer	100 Mill. ob. p. Liter 2 Pf.
Branntweinsteuer	80 „ „ 15 „
Zabaksteuer	45 „ „ 5 Pf.-Zigarre 1/2 Pf.
Kaffee und Tee	37 „ „ 1 Pfd. ungeb. Kaffee 10 Pf.
Zündholzsteuer	23 „ „ Schächtelchen 1 1/2 Pf.
285 Mill.	

An der Schaumweinsteuer 5 Mill.  
„ „ Glühbirnensteuer 20 „  
„ „ Wertzuwachs „  
„ „ Zalon-, Wechsel-, Effektensteuer zc. 110 „ partizipieren die Arbeiter nicht.

Die Zahl der Familien beträgt in Deutschland 14 1/2 Millionen, darunter etwa 4 1/2 Millionen Arbeiterfamilien. Wenn auf die Familien 100 Mark Steuern entfielen, müßten jonaoh 1450 Millionen Verbrauchssteuern gemacht worden sein; bewilligt wurden 285 Millionen. Um 100 Mark zu den neuen Steuern beizutragen, müßte eine Familie mindestens 1500 Liter Bier und mehrere Hektoliter Schnaps konsumieren. Und solche „Säuferfamilien“ bilden in Deutschland — Gott sei Dank! — nicht den Durchschnitt. Acht Zeilen nach dem soeben zitierten Satz heißt es dann in derselben „Rheinischen Zeitung“:

„Die Steuern auf die notwendigen Lebensmittel könnten wir nicht so leicht abwägen, dagegen sei es uns möglich, die Steuern auf Genussmittel, als da sind: Bier, Braumwein und Tabak, durch Enthaltensamkeit zu umgehen.“

Dieweil entfallen auf „Bier, Braumwein und Tabak“ 79 Prozent sämtlicher Verbrauchssteuern. Diese Steuern sind also dem sozialdemokratischen Rebner und der „Rheinischen Zeitung“ zufolge zu gleicher Zeit „durch Enthaltensamkeit zu umgehen“, wo durch sie „eine fünfköpfige Familie um etwa 100 Mark jährlich belastet“ wird. Die Versammlung aber erklärte „sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden“. Und das alles können sozialdemokratische Rebner ihren Zuhörern und sozialdemokratische Blätter ihren Lesern bieten!

In einer im Verlage der Nürnberger (sozialdemokratischen) „Fränkischen Tagespost“ erschienenen Broschüre: „Der dumme Teufel“ heißt es auf Seite 3: „Indirekte Steuern sind die Rächte. Wehr des Absolutismus. Einmal bewilligt, machen sie die Regierung unabhängig von dem Parlament. Nur wenn man die Regierung an die Kette direkter Steuern legt, hat das Parlament die Macht über sie.“

Ein Satz, womit zweifellos in Massenversammlungen Beifall zu erzielen ist. Auch ich ziehe das direkte dem indirekten Steuerhystem vor. Es gibt aber keinen ernsthaften Sozialdemokraten in Deutschland, der daran glaubt, daß, nachdem seither der Steuerbedarf des Reiches fast ausschließlich aus Zöllen und indirekten Steuern bestritten worden ist — die direkten Steuern erheben die Einzelstaaten und Kommunen —, nun auf einmal 500 Millionen Mark direkter Besitzsteuern hätten erreicht werden können. Selbst der sozialdemokratische Parteitheatoretiker Kautsky schreibt in seiner Schrift „Die soziale Revolution“ (Berlin, 1907, Vorwärts-Verlag) Seite 77:

„Es ist ja heute schon unsere Forderung, daß wir durch eine solche Steuer (progressive Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuer) alle anderen, besonders die indirekten Steuern ersetzen. Wenn wir aber zu ihrer Durchführung heute die Kraft erhielten, so würden wir doch dabei auf große Schwierigkeiten stoßen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß, je höher die Steuer, desto größer die Verjurungen zu Steuerbefreiungen. Aber selbst, wenn es gelänge, jede Verbergung von Einnahmen und Vermögen unmöglich zu machen, selbst dann wäre man nicht in der Lage, die Einkommen- und Vermögenssteuer beliebig hochzuschrauben, weil die Kapitalisten, wenn die Steuer ihr Einkommen oder Vermögen zu sehr beschneidet, einfach aus dem Staate fortziehen würden und dieser sicher das Nachsehen hätte. Der Staat hätte dann die Einkommens- und Vermögenssteuer, aber ohne Einkommen und Vermögen. Ueber ein gewisses Maß kann man also heute bei dieser Steuer nicht hinaus, selbst wenn man die politische Macht dazu hätte.“

Der ehemalige „Vorwärts“-Redakteur Eisner in Nürnberg will also „die Regierung an die Kette direkter Steuern gelegt“ haben, während man nach Kautsky heute „über ein gewisses Maß“ nicht hinauskommt, „selbst wenn man die politische Macht dazu hätte.“ So

**entgegengekehrt walt man sich die Welt in den führenden Köpfen der Sozialdemokratie**

aus. Die Sozialdemokratie zieht jetzt laudant, laudant, um die Arbeiterwähler bürgerlicher Parteien damit abzuschrecken, daß diese früher zu einzelnen Steuern den entgegengekehrten Standpunkt eingenommen hätten zu demjenigen, den sie heute einnehmen. Das ist meines Erachtens nicht die größte Sünde der betreffenden Parteien. In einer Vertretenmännerversammlung der Berliner

Maurer im Jahre 1907 führte der Abgeordnete Bebel, indem er vor einem ausichtslosen Streik warnte, u. a. aus: „Wenn nun also die Führer der Gewerkschaften heute der Meinung sind, daß das, was vor Monaten sie selber angeregt und unterstützt haben, heute aus bestimmten Gründen undurchführbar sei, dann, meine ich, sollte man ihnen daraus keinen Vorwurf machen, sondern ihnen im Gegenteil Anerkennung zollen; denn das beweist, daß sie es mit ihrer Verantwortung ernst nehmen. Die Führer sollen nicht etwa Maßlos den Wünschen der Masse folgen, sondern sie sollen nicht allein die speziellen Zustände in dem betreffenden Gewerbe, sondern auch die allgemeinen Verhältnisse prüfen und studieren und danach entscheiden, ob gewisse Schritte getan werden können.“

Das Gleiche muß schließlich auch politischen Parteien eingeräumt werden, denen es darum zu tun ist, praktische Politik zu treiben, und nicht bloß, wie die Sozialdemokratie, den Parlamentarismus als Agitationsinstrument zu benutzen. Die Tatsachen stören sich eben nicht an schönen doktrinaire Formeln, auch nicht an nett ausgeklügelte Parteiprogramme. Das hat die Sozialdemokratie im letzten Jahrzehnt erfahren müssen. Ich kenne sozialdemokratische Gewerkschaftsführer, die kurz vor Verhandlungen mit Unternehmern in öffentlichen Versammlungen entschieden und unter allen Umständen an bestimmten Arbeiterforderungen festhielten, und wenige Stunden später im Verhandlungsraume, als nicht mehr herauszuholen war, Schritt für Schritt zurückwichen und noch am selben Tage mit dem Aufgebot ihrer ganzen Redekunst Massenversammlungen von der Richtigkeit ihres Verhaltens zu überzeugen suchten und auch überzeugten. Was ist das anderes als ein „Umfall“, den die Sozialdemokratie seit Jahren in ihren Parteien als das größte Verbrechen und schändliche Verbrechen angekreidet hat? Wenn ich etwas nicht verstehe, dann das, daß bürgerliche Parteien bergleichen sozialdemokratische Anwürfe jahrelang ruhig eingestekt haben.

**Auch die Sozialdemokratie ist schon umgefallen.**

Gegen das 1906 vorgelegte Reichstagsdiätengesetz hat der Abgeordnete Singer in der ersten Lesung eine fulminante Brandrede gehalten, was aber nicht hinderte, daß die Sozialdemokratie bei der endgültigen Abstimmung dafür stimmte. Jede Partei sucht eben bei jedem Geseße möglichst viel im Sinne ihrer Bestrebungen und Grundsätze herauszuschlagen und wenn man dabei von vornherein zu nachgiebig ist, erreicht man schließlich nichts. Würde aber im entscheidenden Augenblick ebenfalls jede Partei auf ihren Einzelwünschen bestehen bleiben, dann wäre in Deutschland bei seinem vielgestaltigen Parteitwesen, wo zu jeder Mehrheitsbildung drei oder vier Parteien notwendig sind, überhaupt das Zustandekommen von Geseßen eine Unmöglichkeit. So liegt die Sache in der Praxis, die allerdings von der Beurteilung durch die sozialdemokratischen Schlagworte sehr viel abweicht.

**Welche Lehren haben wir aus der Reichsfinanzreform zu ziehen. — Wir müssen uns**

1. in viel stärkerer Maße emanzipieren von der sozialdemokratischen Phrase. Phrase und Wirklichkeit müssen wir mit Nachdruck offenlegen, und auch der sozialdemokratischen Arbeiterschaft vordemonstrieren. Mit den sozialdemokratischen Lehrsätzen, mit denen seither die Massen aufgepeitscht wurden, ist in der Gegenwart absolut nichts anzufangen. Im Gegenteil: die gegenwärtige Arbeitergeneration wird durch sie geschädigt. Mit einem etwaigen Abweichen ins sozialdemokratische Lager ist daher, von grundsätzlichen Erwägungen ganz abgesehen, der christlichen Arbeiterbewegung nicht gedient. Die Sozialdemokratie hat heute mit 3/4 Millionen Stimmen auf die politische Geseßgebungsgestaltung nicht mehr Einfluß, als zu der Zeit, wo sie 1/2 Million Stimmen auf sich vereinigte. Und selbst bei 4 Millionen Stimmen steht der Sozialdemokratie noch ein Wählerheer von 9 1/2 bis 10 Millionen gegenüber. Glaubt man, daß jemals dieses oder eine Regierung sich den sozialdemokratischen Zukunftsstaat aufzwingen lassen würde? Das zeugte von einer beneidenswerten kindlichen Naivität! Da kennen die sozialistischen Revisionisten die vorhandenen Kräfte im Staat und Volkswirtschaft doch etwas besser. Was wir zu tun haben, ist, breite Volksschichten an der Arbeiterwelt politisch zu interessieren. Das geschieht dadurch, daß wir

**2. größere Massen sammeln.**

Das ist notwendig für alle Gebiete der allgemeinen Politik, insbesondere auch für die Fortführung der gesetzlichen Sozialreform. Heute steht die Sache so: Die Sozialpolitik muß meistens gemacht werden aus Kosten der besitzenden Klassen, und wenn diese Sozialpolitik vorwärts gebracht werden soll, braucht jede Regierung eine starke Interessengruppe, auf die sie sich stützen kann. Diese starke Interessengruppe fehlt heute. Die christliche Arbeiterbewegung ist noch nicht stark genug, die Sozialdemokratie scheidet als praktischer Geseßgebungsfaktor aus. Die Annahme, daß etwa eine Regierung mit der Sozialdemokratie fortschrittliche Sozialpolitik und gegen sie und mit den Vertretern anderer Gruppen die übrige allgemeine Staatspolitik machen könnte, wäre mit einer großen politischen Kinderlei gleichbedeutend. Nein, die Arbeiter müssen auch Verständnis zeigen für die übrigen Staatsbedürfnisse, mit ihnen muß auch allgemeine Politik gemacht werden können. Es ist eine große sozialdemokratische Agitationslüge, die Regierung sei nur der Verwaltungsausschuß der besitzenden Klassen. Männer wie Posadowsky, Delbrück, Wiedfeldt, Kaspar usw. können nicht einfach als Reaktionsäre abgetan werden. Warum war Posadowsky, dessen ernster Wille doch kaum angezweifelt wird, so wenig praktischer Erfolg in der Sozialpolitik beschieden? Die ihn umgebenden Schwierigkeiten waren eben zu groß. Und weshalb? Weil ihm die starke Interessengruppe fehlte, auf die er sich hätte stützen können, und die auch bereit gewesen wäre, an der Erledigung der übrigen Staatsbedürfnisse praktisch mitzuarbeiten. Will man etwa Wiedfeldt als Reaktionsär ankreiden, der den Arbeitern nur übel wollte? Er müßte fürwahr ein sonderbarer Kauz sein, wenn er dann jahrelang dem rheinisch-westfälischen Einigungsamt als Vorsitzender vorgestanden hätte. Denjenigen, die schon Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitern mitmachten, ist bekannt, daß es eine undankbarere Aufgabe nicht geben kann, als einem Einigungsamt vorzustehen. Je stärker die gegenwärtige, gegenüber Staatsbedürfnissen verfallende Sozialdemokratie wird, ein umso unentbehrlicherer Faktor werden in einem konstitutionellen Staatsgebilde die Scharfmacher und sozialpolitischen Reaktionsäre, die schließlich in diesem Falle jede Regierung zur Führung der

Staatsgeschäfte nicht entbehren kann. Verfügt die christliche Arbeiterbewegung über größere Massen, dann kommt 3. ein stärkerer politischer Einfluß ganz von selbst. Der Einfluß der englischen und amerikanischen Gewerkschaft auf die Gestaltung der Gesetzgebung ist zweifellos größer, als der der deutschen, trotzdem dort die Gewerkschaftsbewegung auf ähnlichem Boden sich betätigt, wie es bei den christlichen Gewerkschaften Deutschlands der Fall ist. Eine Arbeitermassenbewegung wirkt, wenn ihre Anhänger auf die verschiedenen Parteien verteilt sind, ganz von selbst in sozialer Hinsicht auf die praktische Gesetzgebungsgestaltung zurück. Damit ist uns unser Aufgabengebiet vorgezeichnet. Wie es durchgeführt wird, hängt von uns ab. Die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften kann, das steht heute schon fest, wenn deren Funktionäre ihre Pflicht tun, durch die sozialdemokratische Hege nicht aufgehalten werden. So leicht werden die Maurern von Jericho nicht umgerannt. Die christliche Gewerkschaftsbewegung wird diese Hege ebenso und besser übersteigen, wie jene anlässlich des Bollkampfes von 1902 und den Kampf im Anschluß an die Konferenz in Zürich vom Jahre 1908, wo katholische Fachabteilungen und Sozialdemokratie sich in halber Eintracht gegen uns zusammenschloßen und wo sogar die Herren Bischöfe mit sozialdemokratischen Zeitungen, die angegriffene Artikel gegen uns enthielten, bombardiert wurden. Die christlichen Gewerkschaften sind keine im Treibhause aufgewärmelte Pflanzen. Stellen wir uns allseitig in den Dienst der Aufklärungsarbeit, ziehen wir gegenüber der Arbeitererschaft nachdrücklich den Vergleich zwischen sozialdemokratischer Phrase und Wirklichkeit, dann wird auch die Reichsfinanzreform gegenüber der sozialdemokratischen Hege für uns ein Teil jener Kraft, die das Böse will und das Gute schafft! (Lebhafte Beifall.)

### „Wir deutschen Zimmerer.“

Nicht jedem ist Lob zuträglich; vor allem nicht das öffentliche. Die Bescheidenheit wechselt dann leicht mit dem Hochmutsteufel, und das ist schlimm für den von ihm Befallenen. Und nicht allein für ihn, sondern auch für seine Mitmenschen. Sie haben unter all den unangenehmen Begleiterscheinungen dieser Charakterchwäche, denn das ist sie, zu leiden. Mitleid mit dem Armen und Bedauern für die von ihm vertretene Sache wechseln miteinander ab. Er selbst aber merkt nichts davon, will es wenigstens nicht; das täte ja der hohen Meinung von sich selbst, der Eigenliebe und Schmeichelei Abbruch. Nach wie vor schämt er sich als ein „Stern“, dessen Zeitgenossen sich glücklich preisen sollten, mit ihm leben zu dürfen. Für alles, was er redet und tut verlangt er Anerkennung, selbst für seine größten Torkelheiten und Platteiten — nach seiner Meinung allerdings der Ausfluß höchster Weisheit. Ansonst ist er entrüstet, spielt die gekränkte Leberwurst. Grimmtiger Neid ergreift ihn gegen diejenige, die seiner Ansicht erfolgreiche Konkurrenz machen. Immer will er etwas anderes. Auch springt er gern nach den Trauben, die anderen zu hoch hängen. Er stinkt nach Ruhmestaten und schwelgt schon im voraus für die zu erwartende Anerkennung. Spielt ihm sein geistiges Uvermögen einen Streich, stinkt er auf brutale Gewalt. Aber auch hier verläßt der Sölpel den Sölpel nicht. Der Auge Maßstab geht ihm in seiner Sucht nach Erfolgen verloren, er schätzt die Verhältnisse ja nur nach der persönlichen Stimmung ein, so wie er sie sich wünscht. Und wenn er all seine Heldentaten mit dem schließt, worunter er aber nur seine Person versteht, so gibt das dem Ganzen noch einen humoristischen Anstrich. Wer von uns hätte nicht schon gelacht über das von Vertretern des sozialdemokratischen Zimmererverbandes in allen Variationen geübte „Wir deutschen Zimmerer“.

Mit dieser Einleitung, die ja verständlich genug sein dürfte, kommen wir zu dem „Zimmerer“, Organ des sozialdemokratischen Zimmererverbandes. Derselbe benutzte in seiner Nr. 41 vom 9. Oktober d. J. einen Vorgang, um damit für seinen lange gehegten Plan, Ausschluß unserer Verbände von den kommenden Tarifverhandlungen und von dem Vertrag selbst, Propaganda zu machen. Er erblödet sich nicht, das in einem Momente zu tun, wo die Einigkeit der Arbeiter auf die höchste Probe gestellt wird. Wenn das einen Rückschluß zulassen darf, dann nur den, dem sozialdemokratischen Zimmererverband geht das Parteinteresse über die Arbeiterinteressen.

Einige Worte zu dem Vorgang, der die Entrüstung des „Zimmerer“ hervorgerufen hat. Dieser besteht aus zwei Teilen. Wie die „Allenstein Zeitung“ mitteilte, wurde ein roter Zimmereragitor in Allenstein verprügelt. Wer das getan, warum es geschehen, das wird nicht mitgeteilt. Uns geht die Sache auch nicht im entferntesten etwas an. Einige Tage später fand am gleichen Orte eine Versammlung unseres Verbandes statt; ein von dem unrühmlichst bekannten „Genossen“ Kriese aus Königsberg in Allenstein verbreitetes Flugblatt war die Veranlassung dazu. Das Flugblatt stimmte genau so mit der Wahrheit überein, wie der vom „Zimmerer“ gebrachte Bericht über die Versammlung, entstellte und verlogen, außerdem wurden die Führer der christlichen Gewerkschaften, vor allem Kollege Wiedeberg, darin beschimpft und herabgesetzt. Und wenn da unsere Kollegen, die unserem Verbande erhebliche Vorteile zu verdanken haben, dem zu der Versammlung eingeladenen und auch erschienenen Kriese mitsamt seinen Kumpanen etwas übel aufspielten, so findet man das begreiflich, womit manches im Ueber-eifer Geschehene nicht entschuldigt zu werden braucht. Anstatt läßt man sich nicht anlösen, und seine Führer beschimpfen. Bei der Qualität einer Reihe ostpreussischer Genossenführer scheint uns das Verhalten unserer Kollegen sehr wohl verständlich. Und damit ist die Sache für uns abgetan. Wie das der „Zimmerer“ zu nennen beliebt, bleibt sich uns gleich; beraten wollen wir ihm, daß wir nicht so christlich sind, einem, der uns ohrfeigen will, gleich beide Wangen geduldig hinzuhalten. O nein! Wir hauen vielmehr kräftig zurück. Und das bereitet dem Hamburger Organ besonderen Schmerz. Auch heute wird er sich über uns nicht freuen. Das Blatt schreibt nämlich mit Bezug auf eine Meuerung des Kollegen Schönelds, daß die christlichen Gewerkschaften für ihre Mitglieder mit großem

Nachdruck eintreten, zeigen die günstigen Erfolge auf sozialem Gebiete; in letzter Zeit die Erhöhung der Lohnsätze“; folgendes:

„Das klingt wie bitterer Hohn, wenn man die Rolle kennt, welche die Vertreter der christlichen Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen spielen. Wenn sie dabei überhaupt als Arbeitervertreter erscheinen, so ist dies nur möglich durch Zusammengehen mit freien Gewerkschaften. Wo sie von diesen nicht an die Hand genommen werden, erscheinen sie offen als Helfer der Unternehmer und stehen auf deren Seite. Das kann uns nichts schaden, sondern macht es erst möglich, die Arbeiter über die Rolle aufzuklären, welche die „christlichen“ Führer spielen. Wo diese von den freien Gewerkschaften an die Hand genommen werden, wie bei den Tarifverhandlungen im Jahre 1908, da lähmen sie die Stoßkraft der Arbeiter und scheuen, wie das Beispiel in Rheinland und Westfalen gezeigt hat, selbst vor schlimmen Sachen nicht zurück. Die „christlichen“ Gewerkschaften tragen also nicht daran die Schuld, daß in letzter Zeit die Tarife erhöht sind, sondern daran, daß sie nicht genug verbessert werden konnten. Und vorwärts wird es erst dann in gewöhnlicher Weise gehen, wenn die „christlichen“ Gewerkschaften verschwinden sind. Sie können aber nicht verschwinden, sie werden hingegen gehalten, solange sie nicht von allen freien Gewerkschaften fallengelassen werden.“

Das Bekenntnis einer schönen Seele! Die Erklärung dazu haben wir in unserer Einleitung gegeben. Was hier der „Zimmerer“ lügt, darauf wollen wir nicht eingehen. Hat man es mit einem geistigen „Stromer“ zu tun, muß man sich damit abfinden, wenn er eine richtig gestellte Verleumdung immer wiederholt. Aber vielleicht nennt der „Zimmerer“ doch einmal Namen unserer Verbandsleitung oder Funktionäre mit den „schlimmen Sachen“ in Rheinland und Westfalen. Wir könnten ihm dann etwas gerichtlich attestieren lassen. Also bitte, „Stromer“, sei nicht feige!

Und dann die Rolle, die wir bei den Tarifverhandlungen spielen sollen? Ach, das ist ja wirklich gottvoll! Was werden die Führer der übrigen sozialdemokratischen Bauarbeiterverbände gelacht haben, als sie das lasen; es ging uns auch so. Wer hat sich bei den Verhandlungen mit den Unternehmern regelmäßig blamiert? Nicht wir, wohl aber eine „Leuchte“ des Zimmererverbandes, so daß des öfteren Zweifel an ihrer geistigen Normalität auftauchten, abgesehen von den Symptomen einer schlechten Erziehung. Schadenfreude hätten wir von unserem Standpunkte darüber empfinden können, wenn nur nicht die Arbeiterinteressen darunter leiden müßten. Schließlich wird auch Nachsicht gelübt, aus Mitleid. Deshalb wollen auch wir schweigen aus Mitleid.

Anderes liegt es mit den übrigen gegen uns erhobenen Verdächtigungen. Also wir sollen die Stoßkraft der Arbeiter hemmen und sollen an der Seite der Unternehmer stehen; ebenso nicht zur Verbesserung der Tarife beigetragen, vielmehr verhindert haben, daß sie nicht noch weiter erhöht worden sind. Wir werden die Frage etwas anders stellen: Gibt es nicht eine Arbeiterorganisation im deutschen Baugewerbe die den übrigen Bauarbeiterorganisationen irgendwelcher Richtung bei ihren Maßnahmen fortwährend Knüppel zwischen die Beine wirft, die aber trotzdem in der glücklichen Lage ist, deren Erkrümmungen ohne größere Opfer einzustechen? Gewiß gibt es die, und das ist der sozialdemokratische Zimmererverband. Wir wollen ihn darob nicht mit einer Schmarokerpflanze vergleichen. Aber einige Fragen wollen wir dem „Zimmerer“ vorlegen:

1. Wer hat den Maurern und Bauhilfsarbeitern im Jahre 1906 den Kampf im Posen erschwert und den Erfolg einträchtig? War das nicht der „freie“ Zimmererverband durch seinen abweichenden Beschluß?
2. Lautete die Forderung des Zimmererverbandes bezüglich der Arbeitszeit im Mitteldeutschen Vertragsgebiet bei der verfloßenen Lohnbewegung nicht anders als wie die der Maurer und Bauhilfsarbeiter?
3. War das nicht ebenso in München?
4. War es nicht auch ein Vertreter des Zimmererverbandes, der bei den Verhandlungen in Mitteldeutschland erklärte, daß er „auf das Wort tüchtig einen allzu großen Wert nicht lege“?
5. War es nicht der Zimmererverband, dem gemeinsame Verhandlungen mit den Maurern und Bauhilfsarbeitern nicht erwünscht waren? Wohl in der geheimen Absicht, diese in das Feuer gehen zu lassen, um dabei den Klagen zu spielen?
6. War es nicht der Zimmererverband, wegen dessen sonderbare Auffassung über die zu übende Solidarität bei dem letzten großen Berliner Kampf verschiedene Sitzungen sich damit befassen mußten? Waren es nicht Vertreter der übrigen sozialdemokratischen Bauarbeiterverbände, die u. a. sagten: „Die Stellung der Zimmerer hat den allererschlechtesten Eindruck gemacht, es muß so scheinen, als wenn Einigkeit überhaupt nicht mehr besteht.“ — „Auf einzelnen Bauten haben selbst Zimmerleute erklärt, daß sie der Vorstand an der Ausübung der Solidarität hindert.“ — „Die Vorstände der Zimmerer wollen keine Solidarität.“ — „Seht herrscht eine Beskommenheit, die beängstigend wirkt, wenn man die widersprechende Resolution der Zimmerer liest.“ — „Wenn die Zimmerer die Solidarität nicht anders auffassen, wie jetzt, dann sagen wir unseren Kollegen, daß sie arbeiten können, wo sie wollen. Von uns wird die Solidarität anders aufgefacht, wie von den Zimmerern.“

Sind dem Schreiber des „Zimmerer“ diese Vorgänge nicht mehr bewußt? Sie sind niedergelegt in dem offiziellen Protokoll der damaligen Kommission, die sich aus Vertretern der verschiedenen Organisationen zusammensetzten. Und der will uns den Vorwurf machen, wir hätten die Arbeiter geschädigt. Sogar angeht das des Umstandes, daß der Zimmererverband direkte Vorteile durch die Maßnahmen unseres Verbandes einheimsteht. Sind die Verträge der Zimmerer in Aachen nicht alle beide mal unter dem Einfluß der von uns geführten Kämpfe, die weit über 100 000 Mark erforderlicherten, abgeschlossen worden? Haben wir nicht in Verbindung mit dem „freien“ Maurerverband noch in diesem Jahre den bereits verlorenen „Generalstreik“ der Zimmerer in Ober-schlesien gerettet? Beruht die Möglichkeit der Arbeitslosenunterstützung des Zimmererverbandes nicht zu

einem großen Teil auf der Tätigkeit der übrigen Bauarbeiterorganisationen?

Diese Fragen werden wohl manchem nicht angenehm klingen. Wir sind prosaer genug, sie zu stellen, selbst auf die Gefahr hin, eine dierschrötige Majestät damit zu beleidigen. Wenn ein Mann mit einem Kaufmannspfeil sich eine Zipselmütze über die Ohren zieht und ruft fortwährend, „Hier August der Starke“, so denkt man nicht immer gleich an seinen großen Vorgänger; und der Vergleich würde auch sicher mager ausfallen, denn jener hielt es nicht nur mit den „dicken Bäden“, und er hat auch kein Buch geschrieben, darum blieb er vernünftig.

Der Zweck der Uebung des „Zimmerer“ ist, wie wir bereits sagten, uns von den Verhandlungen auszuscheiden. Den Anfang hat genannter Verband kürzlich damit in Hamburg gemacht. Und nun sollen ihm die „freien“ Maurer und Bauhilfsarbeiter beistehen. Wir wissen nicht, ob diese dazu bereit sind. Aber das wissen wir, daß sie nicht aus Liebe zu uns gemeinschaftlich mit uns verhandelt haben. Es gibt Verhältnisse und Tatsachen, über die man nicht hinwegschreiten kann, und da geht es ohne uns nicht gut, gegen uns aber überhaupt nicht. Andere Faktoren, die noch von Bedeutung sind, wir erinnern an den Buchdruckervertrag, wollen wir noch nicht einmal in Rechnung stellen. Diese Einsicht auch dem „Zimmerer“ zuzumuten, das allerdings übersteigt das Mögliche.

„Glaubt nicht, daß die Klugheit sich weht Aus der Anzahl von Jahren; Es gibt viele, die vieles erlebt, Aber wenig erfahren.“

Aber vielleicht helfen die Arbeitgeber dem Zimmererverband aus der Not. Das wäre nicht übel! Mehr darüber zu sagen, ist heute nicht der Zweck. Schließlich bringt es auch noch die Zeit, wo wir einmal mit den „Starke“ & Zimmererverbandes ein Tänztchen wagen. Unsere christlichen Zimmerer und unsere Verbandsfunktionäre im Lande aber mögen erkennen, um was es sich bei dem Vorstoß des „Zimmerer“ handelt. Die Konsequenzen dürften nicht schwer zu erraten sein.

### Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: Ludwigshafen (Zimmerer), Löhde (Sperre über das Geschäft des Unternehmers Wiehe; derselbe weigert sich, den abgeschlossenen Vertrag ineinzuhalten), Neustadt i. W. (Sperre über die Firmen Petermann, Bloch, Hinz, Krenz und Geiger), Giaz, Vingen (Maurer und Bauhilfsarbeiter), Berlin (Zielsenleger, Differenzen mit den Subunternehmern), Ratingen b. Düsseldorf (Maurer und Bauhilfsarbeiter). Zugang ist fernzuhalten.

#### Bezirk Köln.

Bierfen. Eine am 15. Oktober gemeinsam tagende Versammlung aller Streitenden sagte mit 24 gegen 17 Stimmen den Beschluß, den Streik, der nun schon 21 Wochen dauert, abzubrechen und die Arbeit wieder aufzunehmen. In den letzten 8-14 Tagen war es den Unternehmern gelungen, eine große Anzahl Arbeitswilliger von außenwärts zu erhalten. Während vor vier Wochen, wo auch mehrere Arbeitswillige vorhanden waren, es gelang, die Zahl um 15 zu reduzieren, stieg in der letzten Woche die Zahl auf 48 Maurer, 63 Handlanger und 7 Poliere. Der Mut der Streitenden, mit Energie den Arbeitswilligen auf den Fels zu rücken, hatte in der letzten Zeit nachgelassen. Von der Polizei regnete es Strafmandate, und der Staatsanwalt erhob Anzeigen über Anzeigen. Viele und harte Bestrafungen fällte das Gericht. Nur durch die vielen Streikbrecher ist der Kampf aussichtslos geworden. Die Konjunktur war bei Anfang des Streikes nicht so gut wie heute. Die Bautätigkeit ließ immer noch hoffen, daß der Kampf gewonnen würde. Die Hauszeiger machten jedoch die bringenden Arbeiten fertig. Da auch der Winter näher rückt, so kommt die gute Bautätigkeit den Kollegen noch zugute. So einmütig wie die Kollegen die Arbeit eingestellt haben, so einig sind sie auch während der langen Zeit des Kampfes geblieben. Nicht ein einziger von den Streitenden ist zum Verräter geworden. Wird die Einigkeit so hochgehalten, dann wird nächstes Frühjahr das erreicht, was jetzt leider unmöglich war. Wäre 1906 bei der damaligen Lohnbewegung und dem Tarifabschluß die Einigkeit so vorhanden gewesen, und hätte der Tarif damals gemeinsam abgeschlossen werden können, würden die Unternehmer den Kollegen den Tariflohn jedenfalls nicht vorenthalten haben. Bleibt die Einigkeit wie bisher, dann werden auch die Indifferenten recht bald verschwinden. Dann wird auch die Bierfener Bauarbeiterchaft den Einfluß gewinnen, der gegenüber den Unternehmern notwendig ist. Dann werden wir in Bierfen bei der nun bald beginnenden allgemeinen Lohnbewegung das gesteckte Ziel erreichen.

### Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

#### Maurer.

Gerne i. W. Am Mittwoch, den 29. September, hielt die hiesige Zahlstelle ihre diesjährige Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung standen: 1. Bericht vom verfloßenen Jahr. 2. Vorstandswahl. Kollege Böding gab einen kurzen Bericht über das verfloßene Jahr. In der darauf folgenden Vorstandswahl wurden gewählt: als erster Vorsitzender Kollege Friedrich Böding (wiedergewählt), als zweiter Vorsitzender Kollege Struck; als erster Kassierer Kollege Karl Klaus (wiedergewählt), als zweiter Kassierer Kollege Köppler; als erster Schriftführer Kollege August Baal, als zweiter Schriftführer Kollege Pascher. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Kollege Koch-Bodum erwähnte dann die Kollegen, den Vorsitzenden kräftig zu unterstützen und ihm sein Amt zu erleichtern, denn nur dann kann der Vorstand mit Lust und Liebe seinen Amtes walten. Kollegen, sorgen wir nun dafür, daß kein Mitglied mehr in den Versammlungen fehlt, denn nur hier können wir unsere Meinungen frei austauschen. Leider sind viele Kollegen der Meinung, wenn sie ihre Beiträge bezahlen, ihre Schuldigkeit damit getan zu haben; das ist aber ein verkehrter Standpunkt, den diese Kollegen einnehmen. Besonders in der gegenwärtigen Zeit müssen wir auf dem Posten sein und dürfen nicht gleichgültig zusehen; dafür sind die Zeiten zu ernst. Darum, Kollegen, wacht auf, dann können wir auch mit Ruhe den kommenden Dingen entgegensehen.

Düsseldorf. Unsere diesjährige Generalversammlung, welche am 26. September stattfand, hatte sich eines schlechten Besuchs zu erfreuen. Auf der Tagesordnung stand: 1. Kartellbericht. 2. Bericht über die Vertrauensmännerprüfung der Verwaltungsjahresstelle. 3. Vorstandswahl. Da gleichzeitig eine von den Bezirksleitern Lange und Buschen einberufene Statutenkonferenz statt-

fanb, wurde Kollege Michs dazu entsandt. Zum Kartellbericht wurde bemerkt, daß auch in Düsseldorf sich eine Bewegung geltend machte, welche gegen die Unbilligkeit der Biersteuer und die ungerechtfertigte Verteuerung desselben Stellung nehmen wolle. Das Kartell würde sich, wie auch in den übrigen Städten, der Bewegung anschließen. Kollege Pollmann führte zum zweiten Punkt aus, daß die Verwaltungsstelle eine Sitzung aller Hauskassierer und Vorstandsmitglieder einberufen habe, um eingehend das Verhältnis der Kassisten zur Verwaltungsstelle und so auch umgekehrt zu behandeln. Die Agitation in den einzelnen Baustellen müsse heute genau so betrieben werden, wie auch vor dem Zusammenschluß zur Verwaltung. Die Selbständigkeit der einzelnen Baustellen sollte in keiner Weise beengt werden, nur wolle die Verwaltungsstelle über alle wichtigen Angelegenheiten vorher Kenntnis erlangen. Auch das Kassierenwesen, welches der Lebensnerv des Verbandes sei, müsse von den Baustellen mehr gelebt werden. Man solle nicht nur die notwendige Zahl Hauskassierer der Verwaltungsstelle zur Verfügung stellen, sondern auch möglichst solche, welche mit Interesse diesen Vertrauensposten ausfüllen. Ueber die wichtigsten Fragen des Statuts müsse jeder, der solch einen Posten bekleidet, orientiert sein. Manche Auseinandersetzung mit Mitgliedern bei Unterfüllungsansprüchen würde dadurch vermieden. Zum Vorstand wurden gewählt: als erster Vorsitzender Kollege Gustav Pollmann, als zweiter Kollege Heinrich Schellheim; als erster Schriftführer Heinrich Domjanis, als zweiter Georg Schmidt. Der Jahresbericht soll, weil noch nicht vollständig, in einer der nächsten Versammlungen vorgelegt werden. Kollege Freitag machte darauf aufmerksam, daß die Verwaltungsstelle eine Gedenkfeier veranstalte, welche unser zehnjähriges Bestehen in Erinnerung rufen soll. Die Mitglieder sollten sich rege daran beteiligen. — Soll nun der neugewählte Vorstand mit Lust und Liebe an die Sache herantreten, so bedarf es der Mitarbeit aller Kollegen. Nicht wie es bisher üblich war; um 11 Uhr ist die Versammlung angefangen und um 12 Uhr ist man wegen der Driländergeret kaum in der Lage, dieselbe zu eröffnen. Ein großer Teil besucht die Versammlungen überhaupt nicht. Dadurch kommt es auch, daß Mitglieder um den Tarif sich wenig kümmern. 9 Stunden sind vorgesehn, 1/2 und 10 werden jedoch gearbeitet. Ja, selbst mit der Laterne hat man schon welche beobachtet. Die Unternehmer hatten bei den letzten Verhandlungen nicht ganz unrecht, wenn sie durch Lohnlisten beweisen konnten, daß Mitglieder 2-3 M über den Tariflohn verdient hätten. Mit welcher Anstrengung und bei wieviel Stunden, haben sie wohlweislich verschwiegen. Man bedenke doch, daß man sich nicht allein gegen sich selbst versündigt, sondern auch der Allgemeinheit großen Schaden zufügt. Die Mitgliederversammlungen sollten den Kollegen nicht nur lieb und wert, sondern unentbehrlich sein, dazu gehört aber ein pünktliches Erscheinen und Schließen derselben, streng parlamentarische Leitung und eine gut vorbereitete Tagesordnung. Diese Durchführung hat sich der neue Vorstand zur Aufgabe gestellt; nun liegt es an den Kollegen, ihm diese Vorsätze verwirklichen zu helfen.

### Aus unseren christlichen Verbänden.

Der christliche Metallarbeiterverband konnte am 15. Oktober dieses Jahres auf das erste Jahrzehnt seines Bestehens zurückblicken. Das Verbandsorgan „Der deutsche Metallarbeiter“ erschien aus diesem Anlaß im zwölftägigen Festgewand und brachte außer einem stimmungsvollen Leitartikel mit der Ueberschrift: „Aus eigener Kraft“, geschichtliche Rückblicke aus der Gründungsperiode und dem Entwicklungsgang des Verbandes. Wie aus diesen Schilderungen hervorgeht, waren die ersten zehn Jahre für den christlichen Metallarbeiterverband eine Zeit fortwährenden Kampfes gegen alle möglichen Hindernisse, Schwierigkeiten und Gegner von rechts und links. Als die christliche Metallarbeiterorganisation am 15. Oktober 1899 mit 150 Mitgliedern ins Leben trat, bestanden auf gegenüberlicher — sozialdemokratischer wie Hirsch-Dunderscher — Seite schon die stärksten Konkurrenzorganisationen, die den neugegründeten christlichen Verband mit allen erdenklichen Mitteln zu vernichten suchten. Dazu kam der Widerstand und offene Kampf sozial rückständiger Unternehmerkreise. Wohl keine der christlichen Berufsorganisationen hat verhältnismäßig so viele Maßregelungen von Mitgliedern wegen Zugehörigkeit zum Verband registrieren müssen, wie der Metallarbeiterverband. Zudem sind ihm auch scharfe Feinde im eigenen Lager nicht erspart geblieben; erinnert sei nur an den Neutralitätsstreit und den Kampf anlässlich des Hollaris, der sogar zum Ausschluß aus dem Gesamtverband führte. Allen Hindernissen und Gegnern zum Trotz hat der christliche Metallarbeiterverband sich aber stetig weiterentwickelt und kann heute mit Genugtuung auf die Arbeit des ersten Jahrzehnts zurückblicken. Die gemachten Fortschritte gehen aus folgender Zusammenstellung deutlich hervor: Die Mitgliederzahl stieg von 930 am Schluß des Gründungsjahres 1899 auf jetzt 25 000 Ende 1908. Die Kasse hatte eine Gesamteinnahme von über 2 1/2 Millionen M. Das Verbandsvermögen beträgt zurzeit 767 000 M. Allein in den letzten 2 1/2 Jahren wurden über 250 000 M. Kranken- und über 100 000 M. Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Es entfällt pro Mitglied 31,33 M. Verbandsvermögen, während es im sozialdemokratischen Verband nur 9,32 M. und im Hirsch-Dunderschen 15,65 M. beträgt. Diese Zahlen sprechen für eine gute Finanzwirtschaft im christlichen Metallarbeiterverband.

Für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Metallindustrie ist der Verband unablässig und mit Erfolg tätig gewesen, insbesondere für die Hülsen-, Stahl- und Walzwerksarbeiter, deren sich die junge christliche Organisation zuerst nachdrücklich angenommen hat. Alles in allem bietet der Rückblick auf das erste Jahrzehnt des christlichen Metallarbeiterverbandes den vollständigsten Beweis für die gesunde und zielgerichtete Idee des christlichen Gewerkschaftsgedankens. Circa zwei Drittel aller Metallarbeiter sehen heute noch außerhalb der Organisation, mögen sie endlich zum Bewußtsein ihrer Pflicht kommen und im christlichen Metallarbeiterverband an der idealen und materiellen Hebung ihres Standes arbeiten.

### Gerichtliches.

Nürnberg. Am Dienstag, den 22. Juni, kam es auf dem Schulhausneubau in der Reutersbrunnstraße zwischen christlich und sozialdemokratisch organisierten Maurern wegen Verbandszugehörigkeit zu Differenzen. Im Verlauf derselben wurde der Maurer Häfner von Großhörsbrunn von dem sozialdemokratisch organisierten Maurer Ferdinand Hoffmann mit der Wasserwaage geschlagen. Wegen dieser Körperverletzung hatte sich Hoffmann am Freitag, den 8. Oktober, vor Gericht zu verantworten. Die Verteidigung des Angeklagten hatte Rechtsanwalt Dr. Wegheim übernommen. Das Urteil lautete: Hoffmann wird wegen Körperverletzung zu 17 Tagen Gefängnis und Tragen sämtlicher Kosten verurteilt.

### Von den Arbeitsstellen.

Fürchterliches Baumglück in Straßburg i. G. Am 12. Oktober, vormittags 11 Uhr, ereignete sich in Straßburg an der Ecke der Schimperstraße ein fürchterliches Unglück, indem ein fünf Stock hoher Neubau teilweise in sich zusammenstürzte. Gegen 12 Uhr waren die Verunglückten, 3 Tote und 12 Schwerverletzte, geborgen und mittelst Kranken-

wagen ins Spital übergeführt. Die Kunde von dem traurigen Unglück verbreitete sich wie ein Lauffeuer durch die Stadt und eine zahlreiche Menschenmenge zog um die Mittagsstunde zur Unfallstelle hinaus, die polizeilich abgesperrt war. An der Unfallstelle selbst, die einen eben Erdmehrhäufen aufweist, spielten sich nach dem Bericht von Augenzeugen herzerregende Szenen ab. — Der Korrespondent des „Nahischen Beobachter“ schreibt diesem: „Straßburg, 12. Oktober. Heute vormittag 10 1/2 Uhr stürzte in der Nähe der neuen katholischen Garnisonskirche ein Neubau teilweise ein. Schreiber dieser Zeilen traf wenige Minuten nach dem Einsturz auf der Unfallstätte ein und war Zeuge einer tieferschütternden Pant. Tragbahnen waren im ersten Augenblick nicht zur Stelle; die Schwerverletzten wurden auf Säcke, Lumpen, was man eben kurzer Hand an der Baustätte vorfand, mit der größten Schonung, wie man sie sich nur von Laien denken kann, niedergebetet. Bald kamen aus der Nachbarschaft Frauen mit Bettdecken, Kognak, Wasserkrügen herbeigeeilt, um den armen Menschen Hilfe zu bringen. Es war herzerregend anzusehn, wie diese verunglückten Männer, etwa 16 an der Zahl, blutüberströmt, teilweise hoffnungslos, andere von größten Schmerzen überwältigt, darniederlagen. Wenige Minuten nach dem Ausbruch der Katastrophe eilten aus allen Richtungen Krankenträger und Krankenschwestern, Gendarmen, Militär- und Zivilärzte herbei, um in dieser qualvollen Stunde vor den Augen einer teilnahmsvollen Volksmasse ehle Werte der Nächstenliebe zu leben. Von den 16 Opfern der Katastrophe sind drei tot; hiervon blieben zwei tot auf dem Platz. Sieben Leute sind sehr schwer verletzt, die übrigen nicht lebensgefährlich, aber doch erheblich. Wüßte dieses Unglück ein warnendes Beispiel sein für manchen Bauleiter, die leider nur zu oft mit mehr als billigem Material so rasch wie möglich ihre Mietkassern erstellen.“

Der Einsturz, so entnehmen wir der Tagespresse, erfolgte ganz unversehens 10 Uhr 45 Min. Die Bewohner der Nachbarhäuser wurden plötzlich durch einen gewaltigen donnerähnlichen Krach aufgeschreckt, sahen eine mächtige Staubwolke aufsteigen und als diese sich verzog, war der ganze linke Seitenflügel bis zur Höhe des ersten Stockwerks herunter verschwunden. Auf dem freien Platz neben der Baustelle aber lag ein mächtiger Erdmehrhäufen, aus dessen Wirren Massen heraus und Hilferufe erschollen. Infolge eines unglücklichen Zufalles waren die meisten Arbeiter gerade in dem eingestürzten Flügel beschäftigt gewesen. Einigen gelang es zwar, sich zu retten. Einer, so hörten wir erzählen, konnte sich an einer Gerüststange festklammern und an ihr herunterklettern. Ein anderer, der kurz entschlossen aus dem Fenster sprang, hatte das Glück, auf einen Sandhaufen zu stürzen. Beide kamen mit heiler Haut davon. Aber leider gab es der Opfer doch mehr als genug. Im Nu war der Zimmerplatz hinter den Bauten zum Verbandsplatz umgewandelt, wo viele hilfreiche Hände weitesterten, die Verwundeten zu verbinden und zu stärken. Rasch waren acht Kratze zur Stelle. Auch die Feuerwehr war sogleich alarmiert worden und traf mit der Sanitätskolonne an der Unfallstelle ein. — Ueber die Ursachen des Unglücks lassen sich bestimmte Angaben nicht machen. Nach Angabe der geretteten Arbeiter soll sich im zweiten Stockwerk das Mauerwerk herausgedrückt haben und bald darauf der Einsturz des Seitenflügels erfolgt sein. Von sachmännlicher Seite, wo die „Straßb. Post“ Erkundigungen einzog, wurde erklärt, daß die eigentliche Ursache erst nach Beendigung der Aufräumungsarbeiten, vielleicht aber auch dann nicht werde festgestellt werden können. Als das Wahrscheinlichste wurde bezeichnet, daß das unglückliche Zusammenstoßen von mehreren kleinen Bersteinen und Fluchtigkeiten, unterstützt durch das ungünstige Wetter, die Katastrophe herbeigeführt habe. Das auf der Baustelle noch lagernde Material an Sand und Kies, die im Bau verwendeten Bausteine und der einer Prüfung noch zugängliche Mörtel sollen den baupolizeilichen Bedingungen eben noch entsprechen. Im Publikum dagegen erinnerte man immer wieder daran, daß dem Unternehmer des Unglücksbaues Kern schon früher zwei Häuser eingestürzt seien.

Berlin, 12. Oktober. Ein schweres Baumglück hat sich gestern mittag in Wilmersdorf ereignet. Das Arbeitsgerüst des Neubaus Düsseldorf- Ecke Bregener Straße brach in der Mitte auseinander und die vier darauf beschäftigten Arbeiter stürzten in die Tiefe. Der Steinträger Wilhelm Hühne, Reichenerberger Straße 169 wohnhaft, fand bei dem Absturz den Tod, der Fußer Gohlis und die Maurer Lehmann und Karl Guttsch wurden schwer verletzt. Der Neubau wird von der Firma Gustav Göhe-Charlottenburg ausgeführt. Die Waffentage zur zweiten Etage war noch nicht gelegt, sondern durch ein Brettergerüst ersetzt, auf dem gestern die vier genannten Arbeiter tätig waren. Der Steinträger Hühne hatte gerade eine Mulde voll Mauersteine hinausgebracht und diese in der üblichen Weise auf den Boden des Gerüsts, unmittelbar neben dem Arbeitsplatz des Maurers Lehmann geworfen, als das ganze Holzgerüst durchbrach und mit den darauf befindlichen Arbeitern in die Tiefe stürzte. Nicht nur durch den Sturz, sondern auch durch die herabfallenden Bretter und Steine erlitten die vier Arbeiter so schwere Verletzungen, daß sie alle bewußtlos in den Trümmern liegen blieben. Sofort wurde die Wilmersdorfer Feuerwehr alarmiert, die mit dem Samariterwagen nach wenigen Minuten eintraf. Lehmann und Guttsch hatten in der Zwischenzeit die Befinnung wiedererlangt. Sie haben schwere innere Verletzungen davongetragen und wurden nach dem Krankenhaus Westend gebracht. Hühne und Gohlis hingegen wurden bewußtlos dem Großlichterfelder Kreiskrankenhaus zugeführt, wo Hühne bald nach der Einlieferung verstarb. Auch für das Leben des Fußers Gohlis besteht Gefahr. Die Baupolizei, die eine Stunde nach dem Unfall eintraf, inhibierte sofort den Bau. Das für den Gerüstbau verwendete Material wurde beschlagnahmt. Der verstorbene Hühne war 35 Jahre alt und hinterläßt eine Witwe mit zwei Kindern. Die übrigen Verletzten sind unverheiratet.

Offenbach a. M., 13. Oktober. Am Neubau des Elektrizitätswerkes beim Gaswerk, wo gegenwärtig ein 30 Meter hoher Schornstein gebaut wird, stürzte gestern morgen der 26jährige J. Göreth aus Schaafheim ab. Er war auf der Stelle tot. Das Unglück geschah dadurch, daß Göreth mit einem anderen Arbeiter, entgegen der Vorschrift, den durch einen Benzinmotor betriebenen Förderkorb zum Aufstieg benutzte. Der Förderkorb wurde zu weit über den Galgen heraufgezogen, wobei dieser brach und der Förderkorb in die Tiefe stürzte. Der zweite Arbeiter fiel auf das Gerüst und kam mit dem Schreden davon.

### Briefkasten.

An mehrere Kollegen in Vottrop. Ihr habt recht, es muß Hauswurz heißen. Ganz. Nach Walderbach. Die Sache ist strittig. Gewerkschaftsleute sind, wenn sie geschlossen sind, sich also auf die Mitglieder beschranken, geschlossene Gesellschaften und bedürfen unseres Erachtens keiner Genehmigung. Sie sind daher auch nicht von der Polizeistunde abhängig. Bei die Frage jedoch strittig ist, raten wir gegen das Verbot Beschwerde beim Landrat einzulegen. Die Luftarbeitsteuer muß bezahlt werden.

### Bekanntmachungen.

Das Protokoll des Verbandstages zu Münster wird innerhalb kürzester Frist erscheinen. Es ist angebracht,

wenn die Verwaltungsstellen jetzt bereits mit den Bestellungen beginnen, um in etwa eine Uebersicht über die benötigte Anzahl zu gewinnen. Bestellungen möge man an die Expedition der „Baugewerkschaft“ richten.

Die Kassierer der Verwaltungsstellen machen wir darauf aufmerksam, daß für das nächste Jahr wieder eine andere Beitragsmarke eingeführt wird. Die Kollegen wollen ihre Bestellungen danach einrichten, damit nicht zu große Bestände wieder zurückgeschickt werden brauchen. Kranken-, Sterbe- und Gemahregelunterstützung sowie Rechtshilfe bedürfen der Anweisung durch den Hauptvorstand. Zu allen Unterstützungen sind besondere Quittungsformulare vorhanden und werden diese mit der Anweisung dem Kassierer der Verwaltungsstelle zugeandt.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Fr. Jacobi, Berlin O. 17, Rüdigerdorfer Str. 60, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür und für welches Vierteljahr das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 26. September bis 16. Oktober sind folgende Beträge eingegangen:

- Für Beiträge und Eintrittsgelder: Stegen 250 M., Hannover 600 M., Düsseldorf 800 M., Münster (M. u. A.) 400 M., Essen 800 M., Harburg 23,95 M., Mülhausen 200 M., Glabbe-Boitrop 300 M., Recklinghausen 800 M., Königsberg (M.) 400 M., Danabritz 300 M., Aachen 800 M., Dülmen 200 M., Memel 234,56 M., Gr. Dab 81,51 M., Schwandorf 22,35 M., Steinbach 52 M., Scherzede 89,82 M., Wert 50 M., Aachen 800 M., Wöbgen 7,15 M., Unterallbach 4,90 M., Cöln 800 M., Bergelgau 100 M., Berlin 1100 M., Gelsenkirchen 800 M., Aachen 500 M., Wilschhofstraße 60,09 M., Raitau 10 M., Glabbe-Boitrop 300 M., Essen 1600 M., Jabrze 107,36 M., Biele 109,14 M., Braunsberg 116,53 M., Gronau 121,60 M., Rofitten 53,30 M., Besterode 16 M., Celle 80,54 M., Everswinkel 62,52 M., Puckaring 9,00 M., Malmby 6 M., Bochum 2100 M., Stadthohn 118 M., Bremerhaven 111,35 M., Steinhagen 88,87 M., Marienburg 15,35 M., Weiden 173,42 M., Düsseldorf 400 M., Hannover 800 M., Gelsenkirchen 800 M., Teistungen 91,80 M., Sendenhorst 369,98 M., Astenstein (J.) 196,39 M., Dagen 1200 M., Bochum 800 M., Dortmund 800 M., Aachen 800 M., Bronte 153,90 M., Berlin 1200 M., Cham 28,33 M., Neustadt (Schlesien) 43,59 M., Coesfeld 270 M., Hüter 96,80 M., Weppen 123,68 M., Straßburg 236,85 M., Dortmund 800 M.

Für Futtermittel: Celle 0,15 M., Sendenhorst 0,15 M., Bronte 0,60 M., Weppen 3 M., Straßburg 0,45 M.

Für Hauskassiererbücher: Everswinkel 0,20 M., Astenstein (J.) 0,30 M.

Für Tempel: Posen 0,90 M., Marktredwitz 0,90 M., Duderstadt 0,90 M., Kreuzburg 5,95 M.

An überschüssigen Streifgeldern zurück: Stahle 96,55 M.

Für Verbandsplakate und Karten: Weiden 4,75 M., Bremen 4,25 M.

Der Hauptvorstand: J. A.: Fr. Jacobi.

Als verloren werden gemeldet die Buch-Nrn. 16 414 und 154 534 von der Baustelle Dortmund (Stutlatenre); die Buch-Nr. 87 289, lautend auf Heinrich - Gladter von der Baustelle Centwig; die Buch-Nr. 133 637, lautend auf Hermann Neuf von der Baustelle Gürtelsdorf.

Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 15a des Statuts der Maurer Feint. Jos. Regierung von der Baustelle Emmerich.

### Bezirk Breslau.

Maurer und Zimmerer können sich für gute Arbeit immer noch melden bei Ed. Pfeffer in Breslau, Mauritusplatz 4.

### Achtung! Maul.

Die Adresse des Kassierers ist Wilhelm Schraub, Neue Straße 79.

### Bezirk Paderborn.

Mit Genehmigung des Hauptvorstandes betufe ich nach § 8d des Verbandsstatuts eine Bezirks-Konferenz für den Bezirk Paderborn ein. Dieselbe findet statt am 31. Oktober, vormittags 10 Uhr, in Paderborn, Preussischer Hof, Kampstraße.

### Tagesordnung:

1. Bericht des Bezirksleiters.
  2. Bericht der Delegierten.
  3. Durchführung der Beschlüsse des Verbandstages in Münster innerhalb der Verwaltungsstellen.
  4. Regelung der Winterbeiträge und Winteragitation.
  5. Wie fördern wir den inneren und äußeren Ausbau der Organisation?
  6. Anträge und Verschiedenes.
- Die Verwaltungs- und Baustellen sind verpflichtet, einen Delegierten zu entsenden. Die Kosten tragen die Lokaltassen. Anträge müssen bis zum 27. Oktober an den Unterzeichneten eingekandt werden.

Friedrich Werner, Bezirksleiter, Ludwigstraße 35.

Achtung! Verwaltungsstellen Mülhausen i. Gs., Kolmar i. Gs. und Freiburg i. Gg.

### Einladung

Am Sonntag, den 7. November, von nachmittags 2 1/2 Uhr beginnend, findet in Mülhausen i. Gs., im Vereinslokal der christlichen Gewerkschaften (Ecke Savoisino- und Thenerer-Straße) eine Baustellen- und Vertrauensmänner-Konferenz statt.

### Tagesordnung:

1. Die bevorstehenden Lohnbewegungen 1910 und unsere Aufgaben (Referent Fr. Rott, Karlsruhe.)
2. Bericht über die Verbands-Generalversammlung in Münster. (Referent Fr. Heurich.)
3. Geschäfts- und Kassenführung in den Baustellen- und Verwaltungsstellen. (Referent Fr. Heurich.)
4. Verschiedenes.

Die Verwaltungsstellen Freiburg i. Gg., sowie Kolmar i. Gs. haben je einen Delegierten auf ihre eigenen Kosten zu dieser Konferenz zu entsenden. Von der Verwaltungsstelle Mülhausen haben alle Vorstands- und Vertrauensmänner an der Konferenz teilzunehmen.

J. A.: Fr. Heurich.

### Sterbetafel.

Am 11. Oktober starb unser treues Mitglied Hein. Peltkessel im Alter von 58 Jahren an Magenleiden. Derselbe war vom 20. März 1898 als Mitglied des Gewerkschaftsvereins christlicher Maurer, Zentralstelle Cöln und somit Mitbester bei der Grundsteinlegung unseres Verbandes. Baustelle Cöln (Maurer).

Am 14. Oktober starb nach längerem schweren Leiden unser treues Mitglied Joh. Woss im Alter von 42 Jahren an Magenleiden. Baustelle Aachen (Maurer).

Ehre ihrem Andenken!